

Die Osterweiterung der Europäischen Union als Herausforderung für die neuen Bundesländer im Transformationsprozeß

Ribhegge, Hermann

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ribhegge, H. (1997). *Die Osterweiterung der Europäischen Union als Herausforderung für die neuen Bundesländer im Transformationsprozeß*. (F.I.T. Discussion Papers, 5/97). Frankfurt: Europa-Universität Viadrina, Frankfurter Institut für Transformationsstudien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-422206>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

HERMANN RIBHEGGE

DIE OSTERWEITERUNG DER
EUROPÄISCHEN UNION ALS
HERAUSFORDERUNG FÜR DIE
NEUEN BUNDESLÄNDER IM
TRANSFORMATIONSPROZESS

HINWEIS:
DURCH DIE ÜBERTRAGUNG DES
DISCUSSION PAPERS IN DAS
PDF-FORMAT HAT SICH DER
SEITENSPIEGEL GEGENÜBER DEM
ORIGINALDRUCK UM WENIGE ZEILEN
VERSCHOBEN

FRANKFURTER INSTITUT FÜR TRANSFORMATIONSSTUDIEN
EUROPA-UNIVERSITÄT VIADRINA
POSTFACH 776
D - 15207 FRANKFURT (O)

DISCUSSION PAPERS 5/ 97
ISSN 1431-0708
© BY THE AUTHOR
TEL.: 0335 / 55 34 808
FAX: 0335 / 55 34 807
EMAIL: FIT@EUV-FRANKFURT-O.DE
[HTTP://FIT.EUV-FRANKFURT-O.DE](http://FIT.EUV-FRANKFURT-O.DE)

Hermann RIBHEGGE

**Die Osterweiterung der Europäischen Union als Herausforderung für die neuen
Bundesländer im Transformationsprozeß**

Prof. Dr. Hermann Ribhegge ist Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik an der Europa-Universität Viadrina und Mitglied des F.I.T.

Die Osterweiterung der Europäischen Union als Herausforderung für die neuen Bundesländer im Transformationsprozeß¹

1. Einleitung

Wenn es um die Osterweiterung der Europäischen Gemeinschaft geht, so fühlt sich eine Vielzahl von mittel- und osteuropäischen Staaten (MOE-Staaten) als potentielle Beitrittskandidaten. In diesem Beitrag untersuchen wir die Auswirkungen des Beitritts der Visegrad-Staaten, die die größten Chancen haben, Vollmitglied der EU zu werden. Dabei werden wir die Analyse oft auf die Beziehungen zwischen dem Land Brandenburg und dem Staat Polen reduzieren, da man an ihnen exemplarisch die Chancen und Risiken der Osterweiterung verdeutlichen kann.

2. Wohlfahrtstheoretische Überlegungen zu den Optionen der Osterweiterung

Wenn man die Vor- und Nachteile der Osterweiterung der EU herausarbeiten will, so ist es sinnvoll, auf das wohlfahrtstheoretische Rüstwerk der reinen Außenwirtschaftstheorie zurückzugreifen. Entsprechend können wir drei Fälle differenzieren. Die Osterweiterung versteht sich in dem Sinne, daß eine volle Mobilität a) von Gütern durch Abbau von Zöllen usw., b) des Faktors Kapital und c) des Faktors Arbeit zugelassen wird.

Liegen keine Transaktionskosten, keine Transportkosten usw. vor, so zeigt die reine Theorie, daß alle drei Alternativen zu einem Paretooptimum führen. Bei freiem Handel kommt es nach dem Faktorproportionentheorem dazu, daß sich die jeweiligen Länder auf die Produktion konzentrieren, bei der sie einen komparativen Kostenvorteil besitzen. Liegt vollkommene Kapital- oder Arbeitsmobilität vor, so kommt es zu einer Reallokation der Produktionsfaktoren, bis sich die Faktorintensitäten entsprechend angepaßt haben und die Entlohnung der Produktionsfaktoren in allen Ländern und Verwendungen identisch ist.

In der reinen Theorie ist man indifferent, welche der drei Optionen zur Verwirklichung eines Paretooptimums ausgewählt wird. Nun sind aber die Annahmen der reinen Theorie sehr restriktiv.

¹ Referat, gehalten auf der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik zu „Problemen der Osterweiterung der Europäischen Union“ vom 18. bis 20 März 1997 in Freiburg.

In der Realität existieren Transportkosten, so daß das Phänomen der lokalen nicht-handelbaren Güter auftaucht; Kapital (besser: Realkapital) ist nicht voll mobil, insbesondere reagiert es sehr sensibel auf politische Instabilitäten, so daß es nicht zu einer Angleichung der Renditen kommt, da man bei Investitionen in politisch instabile Regionen einen entsprechenden Risikoaufschlag verlangt. Insbesondere ist der Faktor Arbeit nur beschränkt mobil. Migrationen vollziehen sich nur langsam. Es existieren sprachliche Barrieren, Arbeitnehmer haben transaktionspezifische Investitionen vorgenommen, die sie bei Abwanderung entwerten usw.

Auch im politischen Bereich werden die drei Optionen ganz unterschiedlich bewertet. Bei der Öffnung nach Osten hat die EU im wesentlichen auf die erste und zweite Option gesetzt. Mit den Assoziierungsvereinbarungen mit den Visegrad-Staaten wurde schrittweise eine Liberalisierung des Warenverkehrs verwirklicht. Danach verpflichteten sich die Vertragsparteien, bis 1998 sukzessive die Zölle und Mengenbeschränkungen abzubauen. Eingeschränkt ist dabei der Handel mit sensiblen Produkten. Dies sind Stahl, Textilien und Agrarprodukte. Auch nach 1998 wird der Agrarsektor seine Sonderstellung behalten. Die Liberalisierung vollzieht sich darüber hinaus asymmetrisch in dem Sinne, daß die Importschranken der EU schneller fallen als die der EU-Partner. Damit wird den sich noch entwickelnden MOE-Staaten ein vorübergehender Schutz vor der EU-Konkurrenz eingeräumt. Im wesentlichen entsprechen die Assoziierungsabkommen der Schaffung einer Freihandelszone zwischen den Vertragspartnern. Für die nächsten Jahre ist von Seiten der EU in Aussicht gestellt worden, über eine Integration, d. h. eine Vollmitgliedschaft, der MOE-Staaten zu verhandeln. Die notwendigen Schritte, die die potentiellen Kandidaten einzuleiten haben, um die Mindestvoraussetzungen für einen Beitritt zu erfüllen, sind im Weißbuch der EU schon festgelegt. Während die Liberalisierung des Güter- und Kapitalverkehrs zwischen der EU und den MOE-Staaten in großem Umfang zügig vorstatten ging, existieren doch immer noch erhebliche politische und insbesondere wirtschaftliche Bedenken gegen eine Vollmitgliedschaft dieser Länder in der EU. Dies gilt insbesondere, wenn es um die Frage der Freizügigkeit der Arbeitskräfte in einem erweiterten Europa geht.

Die wohlfahrtstheoretischen Aussagen der reinen Außenwirtschaftstheorie rechtfertigen, wie oben ausgeführt worden ist, diese Bedenken eigentlich nicht, da alle drei Optionen zu effizienten Lösungen führen.

Aus der Perspektive der Neuen Politischen Ökonomie sprechen aber wichtige Argumente dafür, eine Liberalisierung des Gütermarktes der des Arbeitsmarktes vorzuziehen.² Die Effizienzimplikation setzt Anpassungsflexibilität bei der Entlohnung der Produktionsfaktoren voraus. Diese Anpassungsflexibilität ist im

² Siehe dazu Wellisch/Walz (1996).

allgemeinen auf dem Gütermarkt wesentlich eher zu gewährleisten als auf dem Arbeitsmarkt, wie die Diskussion um die Entsenderichtlinie im Bauwesen gezeigt hat.

Ist aber auf dem Arbeitsmarkt keine ausreichende Lohnflexibilität gewährleistet, so führt die Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osten zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit in den EU-Ländern, für die dann die ausländischen Beschäftigten verantwortlich gemacht werden.³ Migration aus dem Osten findet um so weniger politische Resonanz in den EU-Staaten, je höher die Arbeitslosigkeit in den EU-Staaten ist. Und gerade in den ostdeutschen Ländern liegt die Arbeitslosigkeit mit gegenwärtig knapp 19% noch deutlich über dem EU-Durchschnitt.

Neben diesem Beschäftigungsaspekt spricht aber auch eine sozialstaatliche Überlegung gegen eine Öffnung des Arbeitsmarktes nach Osten. Wohlfahrtsstaaten sind geschlossene Gesellschaften im Sinne Olsons. Durch Migration erhalten in den Wohlfahrtsstaaten die zugewanderten Arbeitskräfte Sozialansprüche. Dies gilt um so mehr, je stärker ein Sozialsystem vom Äquivalenzprinzip abweicht, je stärker das Finalprinzip dominiert und je größer der Anteil der weniger Qualifizierten unter den Einwanderern in die EU ist, bei denen die Wahrscheinlichkeit, das soziale Sicherungssystem in Anspruch zu nehmen, deutlich höher ist.

Neben diesen sozialpolitischen Erwägungen ist mit politischem Widerstand gegen eine Vollmitgliedschaft aufgrund der Verteilungskonflikte bei den Strukturfonds der EU zu rechnen. Viele Mitgliedskandidaten hätten aufgrund ihrer schlechten Einkommenssituation Anspruch auf Leistungen aus dem Kohäsionsfonds, und es käme zu erheblichen Umverteilungen in den drei Fonds der EU zugunsten der MOE-Staaten, die alle Nettoempfänger der EU würden.

Analysiert man die theoretischen und empirischen Arbeiten zur Osterweiterung der EU, so stellt man fest, daß als Referenzsystem zur Bestimmung der Integrationseffekte das klassische Zwei-Länder-Modell herangezogen wird, bei dem die EU das eine „Land“ und die MOE-Staaten das andere „Land“ darstellen.⁴ Insbesondere für die EU ist diese Reduzierung problematisch, existiert doch innerhalb der EU ein erhebliches Entwicklungsgefälle. Dies gilt zum einen für die Länder, die am Kohäsionsfonds partizipieren. Diese Länder, wie etwa Portugal, Spanien und Griechenland, werden in der Literatur zur Integration mit dem Hinweis nicht besonders berücksichtigt, daß ihre Ex- und Importanteile mit den MOE-Staaten

³ Natürlich müssen sich auch bei der Liberalisierung des Gütermarktes die Löhne an die geänderten Preisrelationen anpassen. In diesem Fall ist aber der Zusammenhang zwischen Osterweiterung und Lohnanpassung nicht so direkt wie bei einer verstärkten Migration, da sich der Anpassungsdruck über den mehr anonymen Gütermarkt vollzieht und die verbilligten Importe auch zu einer Entlastung der Kostenseite vieler Unternehmen führen.

⁴ So z. B. bei Jacobsen/Weisfeld (1996: 42) sowie im Gutachten des DIW (1996 a).

so gering sind, daß die Auswirkungen der Osterweiterung für diese Länder vernachlässigt werden könnten. Des weiteren wird auf die große räumliche Distanz dieser Länder zu den MOE-Staaten hingewiesen, so daß aufgrund hoher Transportkosten die Integrationseffekte für diese Länder zu vernachlässigen seien. Dabei wird aber übersehen, daß diese Länder indirekt über andere Mitgliedsstaaten der EU in scharfem Wettbewerb zu den MOE-Staaten stehen können. Z. B. sind die negativen Substitutionseffekte der Integration zu berücksichtigen, die bewirken, daß Länder wie die Bundesrepublik eine Produktions- und Standortverlagerung weg von den Staaten der EU mit geringen Lohnkosten hin zu den noch kostengünstigeren MOE-Staaten vornehmen.

Zum anderen verlangen die ostdeutschen Länder neben den oben erwähnten Ländern eine explizite Berücksichtigung, wenn es um die Integrationseffekte der Osterweiterung geht. Denn gerade die ostdeutschen Länder werden nicht durch eine große räumliche Distanz von den MOE-Staaten abgeschottet, und sie stehen in einem enormen Wettbewerb mit den EU-Staaten, wenn es etwa um Unternehmensansiedlungen geht. Aus dieser Perspektive ist es sinnvoll, die Osterweiterung der EU anhand eines Drei-Länder-Modells zu analysieren: anhand der reichen Staaten der EU, der armen Staaten der EU - darunter die ostdeutschen Länder - und der beitrittswilligen MOE-Staaten.

Daß die EU in zwei Ländergruppen aufgeteilt werden muß, wenn wir die Integrationseffekte der Osterweiterung analysieren, wird deutlich, wenn man sich

- den unterschiedlichen Entwicklungsstand
- und den Tatbestand, daß die ostdeutschen Länder einen noch nicht abgeschlossenen, enormen Transformationsprozeß durchlaufen

vor Augen hält.

Um nur einige Indikatoren für die Dualisierung der EU-Ökonomie anzuführen sei erwähnt, daß im Gegensatz zu den westdeutschen Ländern die ostdeutschen Länder zu den am stärksten zu fördernden Ziel-1-Gebieten der EU gehören. Auch wenn immense Anstrengungen sowohl des Bundes als auch der EU zur Förderung Ostdeutschlands unternommen worden sind, stellt sich die Ausgangsposition Ostdeutschlands für die EU-Erweiterung wesentlich schlechter dar als für Westdeutschland.

So liegt nach Berechnungen des IWH (1996: 14) sowie der anderen Forschungsinstitute im 14. Bericht das Bruttoanlagevermögen der ostdeutschen Unternehmen je Einwohner (Westdeutschland: 100) bei

Jahr	1991	1992	1993	1994
Betrag in DM	37	35	38	42

Nach Berechnungen von Lichtblau (1995: 12) lag die auf die letzte inländische Verwendung bezogene Investitionsquote in Ostdeutschland mit knapp 30% über dem OECD-Durchschnitt, aber mehr als 5% unter der Quote Japans in den siebziger Jahren.

Die Mängel in der Leistungsfähigkeit Ostdeutschland werden besonders deutlich, wenn man die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland ansieht. Nach Berechnungen von Bedau (1997: 123f.) stellen sich erstens die ostdeutsche Produktivität gemessen anhand der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Vergleich zu Westdeutschland sowie zweitens die entsprechenden Lohnstückkosten (nominal) wie folgt dar.

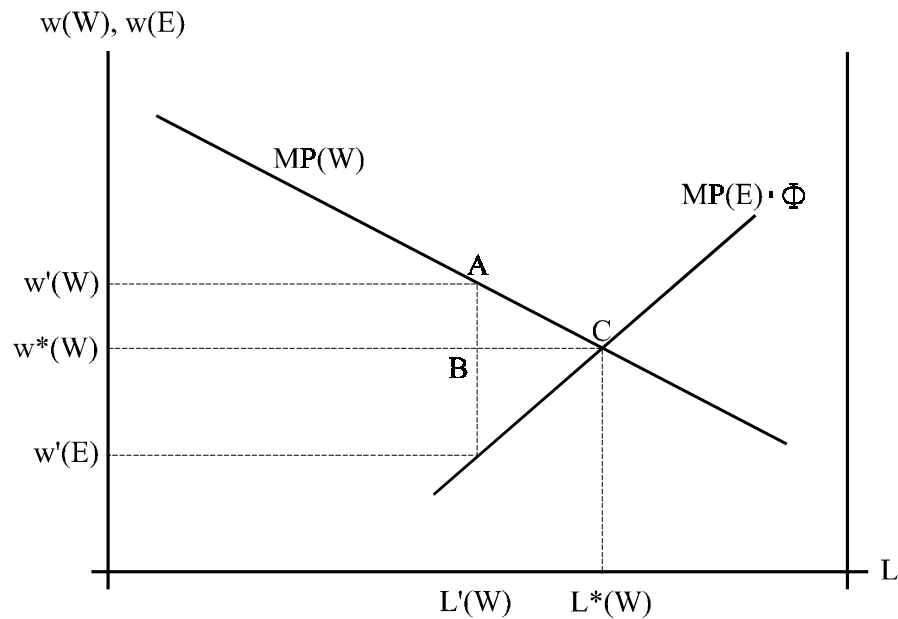
Tabelle 1: Produktivität und Lohnstückkosten Ostdeutschlands in Relation zu Westdeutschland

	1994	1995	1996
Produktivität	44,6 %	45,5 %	44,7 %
Lohnstückkosten	129,9 %	131,4 %	134,0 %

Man sieht, daß sich von 1995 auf 1996 die internationale Wettbewerbsfähigkeit Ostdeutschlands verschlechtert hat, wenn man die Lohnstückkosten heranzieht. Dieser unterschiedliche Entwicklungsstand Ostdeutschlands und der anderen Länder der EU verlangen insbesondere, daß man die Wohlfahrtseffekte einer Osterweiterung separat für die beiden Ökonomien der EU darstellt. Dies gilt auch für die Wohlfahrtseffekte, die sich aufgrund der verstärkten Ost-West-Migration infolge der Vollmitgliedschaft der Visegrad-Staaten ergeben.

Im einfachen Zwei-Länder-Modell stellt sich nach Layard u.a. (1992: 35) die Migration zwischen dem Land „East“ - den MOE - Staaten - und dem Land „West“ - der EU - wie folgt dar (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Wohlfahrtseffekte der Migration



Quelle: Layard (1992: 35)

In dieser Abbildung stellt $MP(W)$ die Arbeitsnachfrage der EU und $MP(E)$ die Arbeitsnachfrage in den MOE-Staaten dar. Es sind $w'(W)$ und $w'(E)$ sowie $L'(W)$ bzw. $L_{ges} - L'(W)$ die jeweiligen Löhne und Beschäftigungen in der EU bzw. in den MOE-Staaten. Φ ist als Gewichtungsfaktor größer als Eins, um die Transaktionskosten der Migration aus den MOE-Staaten in die EU abzubilden. So kann im Gleichgewicht auch ein vergleichsweise niedriger Lohnsatz in den MOE-Staaten mit einer stabilen Bevölkerung kompatibel sein.

Durch eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes kommt es zur Angleichung der Löhne, indem in der EU das Lohnniveau auf $w^*(W)$ sinkt. Im Westen führt dieser Prozeß dazu, daß die Wohlfahrtssituation des einzelnen Arbeitnehmers aufgrund eines gesunkenen Einkommens sich verschlechtert, hingegen verbessert sich die Position der Unternehmen aufgrund der besseren Kostensituation. Insgesamt entsteht in der EU durch die Liberalisierung des Arbeitsmarktes eine zusätzliche Rente in Höhe des Dreiecks ABC . In den MOE-Staaten verlieren die Unternehmer und gewinnen die Arbeitnehmer, da der Faktor Arbeit knapper geworden ist.

Differenziert man in diesem einfachen Modell zwischen Ost- und Westdeutschland, so stellt man fest, daß sich die Wohlfahrtseffekte der Integration extrem ungleich zwischen beiden Teilen Deutschlands verteilen. Während sich in den westdeutschen Ländern der Kapitalbesitz konzentriert, ist das Kapitalvermögen in Ostdeutschland relativ gering, so daß sich die positiven Wohlfahrtseffekte der Integration auf die alten Bundesländer konzentrieren.

Hinzu kommt, daß in diesem Modell von Layard u.a. vereinfachend Vollbeschäftigung unterstellt wird. Berücksichtigt man, daß die Arbeitslosigkeit wesentlich höher in den neuen Bundesländern ist, so ist zu vermuten, daß sich durch die Migration die Wohlfahrtsverluste in Ostdeutschland noch stärker auswirken. Wird durch die Migration und wegen der unzureichenden Lohnflexibilität die Arbeitslosigkeit steigen, so ist zu erwarten, daß es im Zuge der Haushaltskonsolidierung zu Leistungsanpassungen in der Arbeitslosenversicherung kommt, von denen die ostdeutschen Arbeitnehmer überproportional betroffen sein werden.

Hinzu kommt, daß der Faktor Arbeit nicht homogen ist. Differenziert man zwischen qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitskräften, so muß man konstatieren, daß aufgrund geringerer Humankapitalinvestitionen sowie der Dequalifizierungen im Transformationsprozeß der Anteil der höher qualifizierten Arbeitnehmer in Ostdeutschland relativ niedriger ist. Durch die Integration kommt es so zu einem verschärften Wettbewerb zwischen ostdeutschen Arbeitnehmern und denen der MOE-Staaten, die über ein ähnliches Qualifikationsniveau wie in Ostdeutschland verfügen.

Eine tragende Kraft für den Aufschwung in Ostdeutschland sind kleinere Unternehmen, etwa des Handwerks, die sich in großem Umfang auf die Produktion lokaler Güter konzentriert haben und so trotz einer Liberalisierung des Handels weitgehend vor der internationalen und auch westdeutschen Konkurrenz geschützt waren. Kommt es durch die Vollmitgliedschaft der MOE-Staaten zu einer starken Migration, so würden MOE-Erwerbspersonen ebenfalls lokale Güter anbieten und damit einen enormen Wettbewerbsdruck initiieren. Wie im nächsten Abschnitt gezeigt wird, ist aber der Anteil lokaler Güter in Ostdeutschland relativ hoch, so daß auch in diesem Bereich die Ostdeutschen besonders stark von der Osterweiterung betroffen sein werden.⁵

Die aufgezeigten negativen Verteilungseffekte der Osterweiterung für Ostdeutschland könnte man gemäß des Kaldor-Kompensationskriteriums durch Transfers so ausgleichen, daß sich alle durch die Integration besser stellen. Es ist aber zu befürchten, daß die westdeutschen politischen Institutionen nicht bereit sind, wie nach dem ersten Transformationsschock von 1990 Ostdeutschland ausreichend zu alimentieren. Vielmehr ist davon auszugehen, daß die ostdeutsche Wirtschaft diesen durch die Osterweiterung bedingten zweiten Transformationsschock selber bewältigen muß.

⁵ Welcher Zündstoff damit verbunden ist, zeigen die Reaktionen des Frankfurter Handwerks im „Brötchenkrieg“, als eine polnische Bäckerei Brotprodukte in Frankfurt (Oder) anbot.

3. Der Wohlfahrtsstaat: ein Hindernis im Transformationsprozeß ?

Es werden recht unterschiedliche Argumente angeführt, wenn es um die Klärung der Frage geht, warum es den neuen Ländern bis heute nicht gelungen ist, ein nachhaltiges Wachstum zu verwirklichen und sich vom finanziellen Tropf der alten Bundesländer zu lösen. Hatte vielleicht die ehemalige DDR schlechtere Startchancen als die MOE-Staaten, da sie ihr Sozialsystem im Vereinigungsprozeß nicht auswählen konnte und - um die Wiedervereinigung nicht zu torpedieren - gezwungen war, ein von Sklerose infiziertes Wirtschafts- und Sozialsystem der Bundesrepublik zu übernehmen?

Demgegenüber hatten die MOE-Staaten die Chance, im Transformationsprozeß ihr Sozialsystem frei zu wählen. Aber das Beispiel Polen zeigt, daß diese Option gerade im Transformationsprozeß keinen großen Spielraum zuläßt und es besonders schwierig ist, im Transformationsprozeß echte sozialpolitische Reformen zu realisieren. So ist es Polen bis heute nicht gelungen, das desolate polnische Renten- und Gesundheitssystem sowie die Arbeitslosenversicherung zu reformieren. Ja, es steht bis heute eine Verabschiedung der neuen Verfassung an. Mit Recht wird auf die niedrigen Lohnkosten in Polen und in den anderen MOE-Staaten hingewiesen. Dennoch besteht auch dort bei den Lohnkosten mittel- und langfristig sozialpolitischer Handlungsbedarf. So muß in Polen nach Piotrowski (1995: 22) der Arbeitgeber die gesamten Sozialabgaben übernehmen, die sich auf immerhin rund 48% des Arbeitsentgeltes belaufen und von denen 45 Prozentpunkte in den Sozialversicherungsfonds (Krankheit, Unfall, Alter, Mutterschaft) eingezahlt werden müssen. Dieser Beitrag kann sogar um 7% erhöht werden, wenn sich die Sicherheit am Arbeitsplatz wesentlich verschlechtert hat.

Von den Sozialabgaben in Höhe von 48% fließen 3 Prozentpunkte in die Arbeitslosenversicherung, die ein Arbeitslosengeld in Höhe von 36% des Durchschnittslohnes aller Beschäftigten zahlt. Solange die Varianz der Löhne gering ist, gehen von dieser Regelung keine Fehlanreize aus. Nehmen aber die Einkommen sowie ihre Varianz im Transformationsprozeß zu, dann gehen von ihr enorme Fehlanreize aus. Zum einen stellen die hohen Sozialabgaben einen erheblichen Kostenfaktor dar, zum anderen wird für weniger qualifizierte Arbeitskräfte das Lohnabstandsgebot in Frage gestellt.

Auch die arbeitsrechtlichen Reformen sind recht differenziert zu beurteilen. Einerseits ist es gelungen, im privaten Sektor ein sehr arbeitgeberfreundliches Kündigungsrecht zu realisieren, andererseits ist der staatliche Sektor durch immense Privilegien und Mitspracherechte der Gewerkschaften gekennzeichnet. Dies hat zur Folge, daß sich die Gewerkschaften zu einem immensen Hemmschuh im Privatisierungsprozeß entwickelt haben. Polens wirtschaftliche Erfolge

sind so auf die enorme Expansion im privaten Sektor zurückzuführen, die von Winiecki (1996) als Privatisierung von unten bezeichnet wird.

Selbst wenn das Sozialsystem der Bundesrepublik mit enormen Defiziten behaftet ist, so führte die sofortige Übernahme des Sozialsystems der Bundesrepublik zu einer starken Rechtssicherheit, die nach Wagner (1996) von zentraler Bedeutung für das Wirtschaftswachstum ist und die in den MOE-Staaten immer noch fehlt.

Daß die neuen Bundesländer durchaus relativ gute Startchancen hatten, kann man auch mit den immensen West-Ost-Transfers belegen, um die sie von den MOE-Staaten beneidet werden. Betrachtet man aber die Entwicklung der Wachstumsraten des Inlandsprodukts in Tabelle 2, so sieht man, daß sich die Situation der neuen Bundesländer trotz der hohen Transfers nicht deutlich günstiger darstellt.

Tabelle 2: Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland und Polen

	1991	1992	1993	1994	1995	1996*
Ostdeutschland	---	7,8	8,9	9,9	5,3	2,0
Polen	-7,0	2,6	3,8	5,2	7,0	5,5
Tschechien	-14,2	-6,4	-0,9	2,6	4,8	5,0
Ungarn	-11,9	-3,0	-0,8	2,9	1,5	1,0

*Geschätzt

Quelle: Sachverständigenrat (1996).

Besonders eklatant sind die unterschiedlichen außenwirtschaftlichen Entwicklungen Ostdeutschlands und Polens. Nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa sind die Exportgeschäfte der ostdeutschen Unternehmen dramatisch geschrumpft. Es ist aber nicht zwingend daraus eine Kausalität abzuleiten. Betrachtet man den Außenhandel der Bundesrepublik (siehe Tabelle 3) seit 1990 mit den MOE-Staaten, so muß man feststellen, daß kein Zusammenbruch des Osthandels vorliegt, sondern vielmehr ein Substitutionsprozeß.

Tabelle 3: Entwicklung der Warenausfuhr der alten und neuen Bundesländer in die MOE-Staaten in Mio. DM

	1991	1992	1993	1994	1995
alte Bundesländer	26.013	30.137	36.406	43.406	49.937
neue Bundesländer	11.363	7.185	6.254	5.012	4.930

Quelle: Jahresgutachten SVR (1996) Tabelle 64*: 416.

Das, was die neuen Bundesländer im Osthandel verloren haben, haben die alten Länder mehr als wieder gutgemacht. Auch Polen ist es gelungen, den Nachfrageeinbruch bei den ehemaligen RGW-Staaten zu kompensieren. Tabelle 4 dokumentiert hier, welche enorme Umstrukturierung des Außenhandels Polens in Richtung Westeuropa - bei steigenden Volumina - stattgefunden hat.

Polen gelang es also, die Einbußen im Handel mit den ehemaligen RGW-Staaten durch eine Intensivierung des Handels mit den EU-Staaten annähernd auszugleichen. Nach Kawecka-Wyrzykowska (1996: 66f.) war dafür u.a. entscheidend, daß seit Ende 1989 der Zloty mehrere Male abgewertet wurde. Durch die Währungsunion war den ostdeutschen Ländern diese Option der Wechselkursanpassung verwehrt. Vielmehr kam es zu einem dramatischen Anstieg der Lohnkosten. Es ist müßig, noch einmal die Diskussion der optimalen Währungsumstellung aufzunehmen. Was hier von Interesse ist, ist ein wesentlich fundamentalerer Zusammenhang.

Der Einigungsvertrag sah nicht nur eine Währungs-, sondern auch - was leider oft nicht ausreichend berücksichtigt worden ist - eine Sozialunion vor. Diese Sozialunion impliziert aber einen Anspruch auf Sozialhilfe, und damit sind wir bei einem der zentralen Dilemmata des Transformationsprozesses im Wohlfahrtsstaat. Der Sozialstaat schloß wettbewerbsfähige Lohnstrukturen in den neuen Bundesländern aus. Hätte man tatsächlich eine konsequente produktivitätsorientierte Lohnpolitik verwirklicht, dann wären die Lohneinkommen unter das Sozialhilfeniveau gefallen, und der ostdeutsche Arbeitsmarkt wäre in sich zusammengebrochen. Der Sozialstaat erzwang so Anpassungen, sei es in Form zu hoher Löhne (die deutsche Variante), von Lohnkostenzuschüssen (Akerlof-Vorschlag) oder einer Subventionierung des Absatzes (Aufhebung der Mehrwertsteuer usw.).

Tabelle 4: Polens Außenhandel nach ausgewählten Ziel- und Herkunftsländern, 1989 - 1994

	1989	1990	1991	1992	1993	1994
Anteil der Exporte nach MOE an den Gesamtexporten	37,2	23,2	16,9	15,5	13,2	14,5
Anteil der Exporte in die EU (12) an den Gesamtexporten	27,9	44,2	55,6	57,9	63,3	62,7
Anteil der Importe aus MOE an den Gesamtimporten	33,5	23,2	18,8	16,3	13,4	14,2
Anteil der Importe aus der EU (12) an den Gesamtimporten	30,9	43,9	49,7	53,1	57,3	57,5

Quelle: DIW (1995b)

Mit diesem Beispiel ist ein grundsätzliches Dilemma des Sozialstaates angesprochen worden. Es geht um die Frage, ob der Sozialstaat eine ausreichende wirtschaftliche Entwicklung verhindert. Es soll hier keine ausgewogene Darstellung der Pro- und Kontra-Argumente vorgenommen werden; insbesondere soll nicht auf die positiven Wachstumseffekte des Sozialstaates in Form der Bildung von Humankapital, der erhöhten Akzeptanz des Strukturwandels durch soziale Absicherung⁶ sowie in Form des Schlagworts vom „sozialen Frieden“ eingegangen werden. Unter dem Transformationsprozeßaspekt wollen wir in Anlehnung an Atkinson (1995: 725) die negativen Auswirkungen des Sozialstaates in Form:

- (a) der Kosten des Sozialstaates sowie
 - (b) der Fehlanreize durch den Sozialstaat
- ansprechen.

⁶ Die Privatisierung in Polen scheitert u. a. auch daran, daß die Gewerkschaften eine ausreichende Absicherung für die zu entlassenden Arbeitskräfte durch die Arbeitslosenversicherung verlangen.

Zu (a): Wir wollen die negativen Auswirkungen der West-Ost-Transfers und ihre inadäquate Finanzierung über die Sozialversicherung mit ihren negativen Auswirkungen auf die Lohnkosten in Westdeutschland vernachlässigen und konzentrieren uns auf die Verwendungsseite der Transfers. Mit Recht kritisieren Boss/Rosenschon (1996), daß ein zu großer Anteil der West-Ost-Transfers in den Sozialbereich und damit überwiegend in den Konsum geflossen ist.

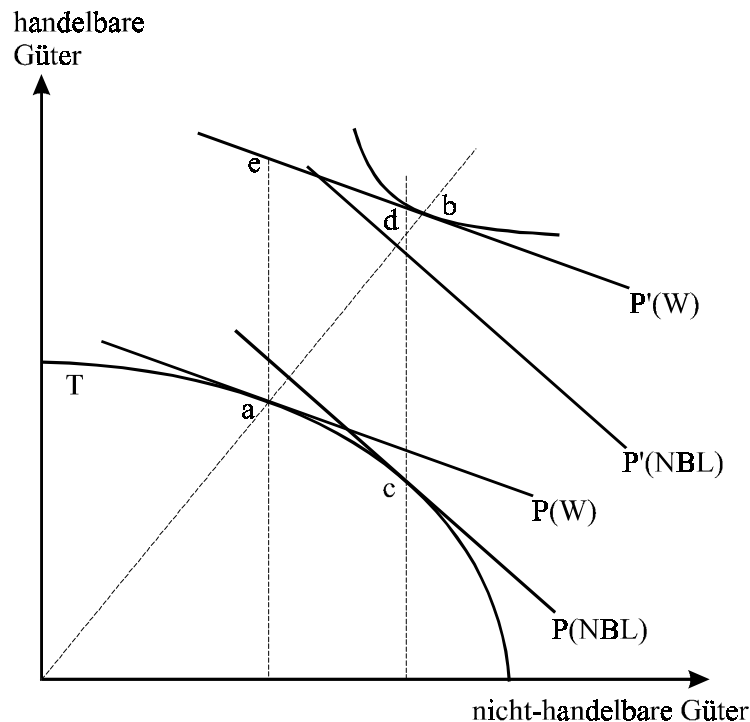
Anhand einer detaillierten Aufstellung für das Jahr 1995 zeigen sie die Verwendung der Transfers auf, die sich nach ihren Berechnungen im Zeitraum von 1991 bis 1995 auf 896 Mrd. DM beliefen. Im Jahr 1995 betrugen die gesamten Transfers ungefähr 141 Mrd. DM. Von diesem Betrag wurden rund 93 Mrd. DM für sozialpolitische bzw. konsumtive Leistungen verwendet. Von den West-Ost-Transfers flossen mit bekannter Verwendung maximal 28,8 Mrd. DM in den investiven Bereich. Zieht man von diesem Betrag Posten ab, deren investive Wirkungen fraglich sind, erhält man einen harten Kern der investiven Leistungen, der nur 15 Mrd. DM, also nur 12% des Fördervolumens, beträgt.

Ursache für diesen geringen Anteil investiver Leistungen sind die dynamisch angelegten Sozialleistungen, die zu einem großen Teil an die enorm gestiegenen Löhne gekoppelt sind. Dies gilt sowohl für die Renten- als auch für die Arbeitslosenversicherung. Besonders negativ wirkt sich die Rentenformel von 1992 aus. Steigen z. B. aufgrund gestiegener Arbeitslosigkeit die Durchschnittslöhne, da marginale Arbeitskräfte mit relativ geringen Arbeitseinkommen ausscheiden, so schlägt sich dies entsprechend in höheren Renten nieder. Stabilitätswidrige Lohnvereinbarungen wirken sich so in zweifacher Hinsicht positiv für die Rentner aus. Einmal steigen die Löhne, und zum anderen steigt aufgrund stabilitätswidriger Vereinbarungen zusätzlich das Durchschnittseinkommen aufgrund von Entlassungen.

Auch die Regelungen der Arbeitslosenversicherung sind nicht ganz unproblematisch. Da Bezugsgröße für das Arbeitslosengeld die Tariflöhne sind, kommt es dazu, daß das Lohnabstandsgebot immer weniger in Ostdeutschland gewahrt wird, da viele Unternehmen faktisch unter Tarif bezahlen. Dies gilt insbesondere auch für ABM sowie für Leistungen nach §249h des Arbeitsförderungsgesetzes.

Zu (b): Der oben angesprochene hohe Anteil an konsumtiver Verwendung der Transfers reduziert nicht nur den Spielraum für Investitionen, die der Verbesserung der Exportbasis dienen. Der hohe Anteil führt nach Ansicht des Institutes für Weltwirtschaft zu Fehlanreizen. Sie behindern nach Schmidt (1996: 183) „den Aufbau einer breiten Exportbasis“, indem sie preisliche Anreize setzen, Kapazitäten für lokale Güter aufzubauen. Diese These wird von Klodt (1996) wie folgt begründet (siehe nachstehende Abbildung).

Abbildung 2: Zwei-Sektoren-Modell der ostdeutschen Wirtschaft.



Quelle: Klodt (1996: 274)

In dieser Abbildung wird zwischen handelbaren und nicht-handelbaren Gütern differenziert, deren Produktionsmöglichkeiten durch die Transformationskurve wiedergegeben werden. Ohne Transfers würde die paretooptimale Lösung a realisiert, wobei die Gerade $P(W)$ das relative Preisniveau und die Budgetgerade repräsentiert. Durch die ungebundenen Transfers verschiebt sich die Budgetgerade parallel nach außen ($P'(W)$), so daß bei einer homothetischen Nutzenfunktion die Nachfrager die Allokation b verwirklichen möchten. Diese ist aber nicht realisierbar, da kein ausreichendes Angebot an nicht-handelbaren Gütern zur Verfügung steht. Es kommt so zu knappheitsbedingten Preissteigerungen, die eine Drehung der Preisgeraden nach $P'(NBL)$ bewirken. Ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage für nicht-handelbare Güter wird im Konsumpunkt d realisiert. Dabei liegt eine Verschiebung des Produktionspunktes a hin zu dem Punkt c der intensiveren Produktion von nicht-handelbaren Gütern vor. Zusätzlich werden handelbare Güter mit dem Volumen der Strecke \overline{cd} importiert. Für Klodt (1996: 273f.) ist so „die Schrumpfung des Sektors, der handelbare Güter herstellt, unmittelbare Folge der Transfers.“

Daß der Anteil lokaler Produktion relativ hoch in den neuen Bundesländern ist und sogar in den letzten Jahren zugenommen hat, zeigen die Berechnungen von Klodt (1996: 276), Dietrich (1996: 13) sowie die Übersicht in Schmidt (1996:

181). Auch ist nachvollziehbar, daß die Preise für nicht-handelbare Güter stärker gestiegen sind als die Preise für handelbare Güter. Zu diesem Zweck betrachten wir die Konsumentenpreisentwicklung für „Dienstleistungen und Reparaturen“ auf der einen Seite sowie „Verbrauchs- und Gebrauchsgüter“ auf der anderen Seite. Diese Definitionen des Statistischen Bundesamts stellen eine erste Annäherung an die Gruppen der handelbaren bzw. nicht-handelbaren Güter dar. Tabelle 5 zeigt die unterschiedlichen Entwicklungen der Indexwerte für Ost- bzw. Westdeutschland.

Tabelle 5: Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung nach Handelbarkeit der Güter

	Handelbare Güter		Nicht-handelbare Güter	
	1991	1996	1991	1996
Ostdeutschland	100	109,1	100	138,4
Westdeutschland	100	108,4	100	119,3

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Offensichtlich ist - wie im Modell von Klodt prognostiziert - der relative Preis nicht-handelbarer Güter zu handelbaren Gütern in Ostdeutschland stärker gestiegen als in Westdeutschland. Sowohl die unterstellte Kausalität als auch die Annahme einer Fehlallokation sind aber problematisch. Ob der Unterschied in der Preisentwicklung rein knappheitsbedingt ist und zu erheblichen Angebotsumschichtungen geführt hat, muß bezweifelt werden. Strittig ist auch, ob tatsächlich eine Fehlallokation vorliegt. Der Anteil lokaler Güter an der Gesamtproduktion würde sich dramatisch verringern, wenn man unterstellen würde, daß es den ostdeutschen Ländern gelingt, für handelbare Güter eine ausreichende Wettbewerbsposition zu verwirklichen. Referenzpunkt darf so nicht die niedrige tatsächliche, sondern muß die wesentlich höhere potentielle Produktion an handelbaren Gütern und damit Gütern insgesamt sein. Das Absatz- und Produktionsdilemma der ostdeutschen Wirtschaft ist nicht nur ein preisliches, sondern ein qualitatives. Es fehlen qualitativ hochwertige Güter, mit denen man die Markteintrittsbarrieren gerade in Westdeutschland überwinden kann. Dem kritischen Argument des zu hohen Anteils lokaler Güter liegt letztlich die Idee des proportionalen Wachstums im Transformationsprozeß zugrunde. Nichts spricht dagegen, daß im Transformationsprozeß einige Sektoren vorpreschen und eine Initialzündung bewirken, die in den Sektor der handelbaren Güter überspringt. Gerade unter dem Risiko-

aspekt ist es für ostdeutsche Unternehmen sinnvoll, im Bereich lokaler Güter eine Nische zu suchen und so schrittweise in den globalen Wettbewerb einzutreten.

Gerade wenn es immense Markteintrittsbarrieren für handelbare Güter gibt, ist die Produktion von lokalen Gütern, die - wie Dienstleistungen - oft sehr arbeitsintensiv sind, als second best-Lösung sinnvoll, da ihre Opportunitätskosten relativ gering sind. Problematisch würde diese Strategie, wenn wie im Kohle- und Agrarsektor künstlich Überkapazitäten aufgebaut werden, die mit hohen sunk costs verbunden sind. Dies trifft aber für die Produktion lokaler Güter nicht zu, die im allgemeinen keiner transaktionsspezifischen Investitionen bedürfen.

Ein überhöhter Anteil lokaler Güter wäre insbesondere dann problematisch, wenn die Unternehmen aufgrund der relativ hohen Preise Überkapazitäten geschaffen hätten. Dies setzt voraus, daß sich ostdeutsche Unternehmen in dem Sinne irrational verhalten, daß sie temporäre knappheitsbedingte Preissteigerungen als permanente ansehen. Zu knappheitsbedingten Preissteigerungen kann es aber nur kommen, wenn die Produzenten lokaler Güter auf Kapazitätsschranken stoßen, sie also *auf* der Transformationskurve produzieren, was - wie der Auslastungsgrad der ostdeutschen Industrie zeigt - kontrafaktisch ist.

Der große Anteil lokaler Güter in Ostdeutschland ist zu einem großen Umfang auf den Bausektor zurückzuführen. Die starke Expansion im Bausektor ist aber nicht primär ein Problem transferbedingter Preissteigerungen, sondern ein Strom-Bestandsproblem. Innerhalb kürzester Zeit mußte eine neue Infrastruktur aufgebaut werden, die eine Produktionskapazität im Bausektor verlangte, die in Zukunft aufgrund der befriedigten Nachfrage nicht mehr benötigt wird.

Wichtiger für die Erklärung des relativ hohen Anteils lokaler Güter ist das Kostenargument, wie es von Dietrich (1996: 12) vorgetragen wird. Nicht die Transfers, sondern die sozialpolitisch motivierten hohen Lohnsteigerungen haben zu einem überproportional großen Anteil der Produktion lokaler Güter geführt. Während bei lokalen Gütern aufgrund des geringeren Preiswettbewerbs Kostensteigerungen leichter überwältzt werden können, gilt dies nicht für die handelbaren, starkem Wettbewerb ausgesetzten Güter. Ihr Absatz war entsprechend schwer zu realisieren, so daß die handelbaren Güter relativ zu den lokalen Gütern zurückgingen. Der hohe Anteil lokaler Güter ist so eher kosten- als nachfragebedingt.

Wichtiger als die allokativen Effekte staatlicher Transfers auf dem Gütermarkt sind die Effekte auf dem Arbeitsmarkt. Durch die ABM-Maßnahmen wurde die Produktion lokaler Güter stark subventioniert. Man denke nur an den Bereich des Garten- und Landschaftsbaus. Im ABM-Bereich ist eine sehr stark auf lokale

Güter ausgerichtete Produktionsstruktur durch die Arbeitslosenversicherung geschaffen worden, die sich extrem strukturkonservierend auswirkt. Gerade in den Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften, die sich mehr oder weniger verselbständigt haben und die Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes verdrängen, hat sich u. a. aufgrund der sukzessiven Abwanderung der qualifizierteren Beschäftigten eine mehr oder weniger starke marktfeindliche Bunker- und Besitzstandsmentalität sowie ein Abschottungsverhalten entwickelt. ABM-Gesellschaften verstehen sich so immer weniger als Übergang in den ersten Arbeitsmarkt und dafür immer mehr als Einrichtungen zur Absicherung von Sozialleistungen.

4. Wettbewerbschancen ostdeutscher Unternehmen im Handel mit den MOE-Staaten

Der Exportanteil ostdeutscher Unternehmen am Gesamtexport der Bundesrepublik ist sehr gering. Bei den Auslandsaktivitäten geht es aber nicht nur um den reinen Export. Unternehmen können - gemessen an ihren Kapital- und Management-Leistungen - ganz unterschiedliche Institutionen im Auslandsgeschäft nach Glaum (1996: 19) realisieren: vom reinen Exportgeschäft über Joint Ventures bis hin zu Tochtergesellschaften. Auch aus dieser Perspektive ist der Grad der Internationalisierung ostdeutscher Unternehmen noch relativ gering.

Dies ist auch nicht verwunderlich, insbesondere wenn man die Direktinvestitionen ostdeutscher Unternehmen betrachtet, die oft zwingend notwendig sind, wenn sie sich die MOE-Märkte erschließen wollen. Es gibt eine Vielzahl von Gründen, warum es ostdeutschen Unternehmen so schwer fällt, sich auf Auslandsmärkten durchzusetzen. Grundsätzlich gilt für alle Unternehmen, daß sie sich nur dann auf ausländischen Märkten behaupten können, wenn sie unternehmensspezifische Vorteile bieten, mit denen sie den Nachteil „Ausländer zu sein“ kompensieren können.

Ostdeutsche Unternehmen müßten im Vergleich zu westdeutschen im Ostgeschäft relativ erfolgreich sein, besitzen sie doch gerade bei transportkostenintensiven Produkten einen Standortvorteil. Dieser Vorteil relativiert sich aber, wenn man an die langen Wartezeiten bei der Grenzabfertigung denkt. Ob zu einer Wartezeit von 30 Stunden an der Grenze eine Anfahrtszeit von nur einer oder von über zehn Stunden hinzukommt, ist nicht so entscheidend. Unter dem Aspekt einer just in time Zulieferung ergeben sich keine besonderen komparativen Standortvorteile für ostdeutsche Unternehmen.

Kennzeichnend für die ostdeutsche Wirtschaft ist der große Anteil von KMU's.⁷ Für sie ergeben sich immense Probleme bei der Erschließung von Auslandsmärkten, insbesondere dann, wenn sie mit Direktinvestitionen verbunden sind. Fast alle KMU's sind mit immensen Finanzierungsproblemen konfrontiert. Ihre Kapitaldecke ist äußerst kurz, so daß ein Auslandsengagement schon allein an der Finanzierungsfrage scheitert. Die ungünstige Gewinnsituation vieler ostdeutscher Unternehmen hat zur Folge, daß sie sich relativ stark risikoavers verhalten, da einmalige Verluste für sie schon oft existenzgefährdend sind. Große westdeutsche Unternehmen können meist ohne große Schwierigkeiten auch erhebliche Verluste im Ausland verkraften, da sie über ausreichende finanzielle Reserven verfügen. Darüber hinaus können sie auch im Auslandsgeschäft ihr Risiko diversifizieren. Diese Strategie steht kleinen Unternehmen nicht zur Verfügung.

Das Auslandsgeschäft ist nicht nur mit erheblichen Risiken verbunden, sondern auch mit erheblichen Anlaufschwierigkeiten. Auslandsengagements lohnen sich aber oft nur langfristig. Den ostdeutschen Unternehmen fehlt aber meist der lange Atem, um die Früchte der Auslandsaktivität zu ernten.

Neben den Finanzierungsproblemen erschwert die Kostensituation ein erfolgreiches Auslandsgeschäft. Bei den Kostenvorteilen gegenüber dem Ausland geht es um absolute Kostenvorteile, economies of scale and economies of scope. Absolute Kostenvorteile, bei denen das vorteilhaftere Unternehmen eine beliebige Outputmenge kostengünstiger als die Wettbewerber anbieten kann, liegen durchaus bei einigen ostdeutschen Unternehmen vor, die über die neuesten Technologien und eine günstige Realkapitalausstattung verfügen. Wie aber der Vergleich der Arbeitsproduktivitäten (siehe Tabelle 1) zeigte, ist dies eher die Ausnahme als die Regel. Absolute Kostenvorteile sind auch auf Lerneffekte zurückzuführen. Diese sind aber in ostdeutschen Unternehmen relativ gering. Zum einen sind viele ostdeutsche Unternehmen relativ junge Unternehmen mit einem kurzen Erfahrungshorizont. Viel Wissen ist im Transformationsprozeß entwertet worden. Und was besonders ausschlaggebend ist: das Forschungspotential im industriellen Sektor ist mehr oder weniger weggebrochen, wie dies z. B. Hornschild/Scherzinger (1995) belegen. Nach Berechnungen der Forschungsagentur Berlin GmbH (1996) hat sich die Zahl der in Forschung und Entwicklung Beschäftigten wie folgt entwickelt (vgl. Tabelle 6).

Viele ostdeutsche Unternehmen sind nur noch verlängerte Werkbänke westdeutscher Unternehmen, die oft nur unzureichend das innovative Potential ihrer ostdeutschen Betriebe nutzen.

⁷ Auf dieses Problem geht besonders Ragnitz (1996: 9) ein.

Tabelle 6: Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland

Jahr	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995
Beschäftigte in F&E in Ostdeutschland	86.208	58.192	34.560	22.300	16.485	15.851	16.060

Selbst wenn keine absoluten Kostenvorteile vorliegen, so können doch ostdeutsche Unternehmen Skaleneffekte realisieren und so an eine alte Tradition in den Wirtschaftsbeziehungen der RGW-Staaten anknüpfen. Dort hatten sich die einzelnen Länder in spezifischen Produktionen spezialisiert, um economies of scale zu realisieren. Auf Massenproduktion zu setzen, hat nach Glaum (1996: 59) den Vorteil, daß zur Realisierung des Außenhandels keine riskanten und umfangreichen Auslandsinvestitionen notwendig sind, sondern ein reines Exportgeschäft ausreicht. Die Massenproduktion privater ostdeutscher Unternehmen wäre gerade im Handel mit Polen attraktiv, da hier ein komparativer Kostenvorteil zu realisieren ist. Die großen polnischen Kombinate sind zu einem Großteil immer noch nicht privatisiert, arbeiten mit hohen Verlusten und sind im Gegensatz zum privaten Sektor Polens nicht international wettbewerbsfähig.

Nun sind aber die großen auf Massenproduktion setzenden Kombinate der ehemaligen DDR aufgrund ihrer Ineffizienz von der Treuhandanstalt aufgelöst worden. Was geblieben ist, sind rudimentäre industrielle Kerne, die mit unausgelasteten Kapazitäten zu kämpfen haben und - worauf die Forschungsinstitute in ihrem 14. Bericht (siehe IWH (1996: 14)) hinwiesen - für die die Nutzung von Skalenerträgen schwer möglich ist.

Eine weitere Möglichkeit, im Auslandsgeschäft kostengünstiger anbieten zu können, bilden economies of scope, d. h. eine breite Produktionspalette anzubieten, um so der „love of variety“ der Nachfrager gerecht zu werden und um positive Externalitäten in der Produktion zu nutzen. Diese Strategie setzt aber eine Mindestgröße der Unternehmen voraus, die in Ostdeutschland nur selten gegeben ist. Hinzu kommt, daß gerade kleine Unternehmen auf eine Nischenproduktion setzen und so durch reine Spezialisierung Marktanteile gewinnen wollen. Nach Welfens (1995) ist $\frac{1}{3}$ des OECD-Handels Intra-Firmen-Handel, der von internationalen Konzernen betrieben wird und der den kleinen ostdeutschen Unternehmen nur schwer zugänglich ist.

Economies of scope können aber auch durch Unternehmenskooperationen, sei es unter ostdeutschen Unternehmen oder mit Partnern außerhalb der Region, zu-

stande kommen. Solche Unternehmenskooperationen sind aber noch selten, da sich die entsprechenden Netzwerke noch nicht etabliert haben.

Obwohl gerade zu den MOE-Staaten die ostdeutschen Unternehmen seit Jahrzehnten wirtschaftliche Beziehungen hatten, haben die alten Netzwerke für das Auslandsgeschäft immens an Bedeutung verloren. In den MOE-Ländern sind die alten staatlichen Unternehmen nicht mehr die relevanten Gesprächspartner, sondern die noch jungen, auf den Westen ausgerichteten Unternehmen, die an den alten Kontakten nicht mehr interessiert sind.

Die empirischen Untersuchungen von Beyfuß (1996: 24) und TWG (1996: 3) zu den Motiven der Direktinvestitionen in MOE-Staaten sowie zu den Kooperationen mit Unternehmen aus diesen Regionen zeigen zwei dominante Motive auf:

Die großen Unternehmen wollen sich primär im Osten neue Absatzmärkte erschließen und sichern. Hingegen sind die KMU's der Bundesrepublik an der Realisierung von Kostenvorteilen, d. h. an der passiven Lohnveredelung, interessiert. Warum nutzen dann aber primär nur westdeutsche KMU's - insbesondere im Möbel- und Textilbereich - die passive Lohnveredelung? Während diese Unternehmen in großem Umfang handelbare Güter anbieten, kennzeichnet die ostdeutschen KMU's die Konzentration auf lokale Güter. Und diese sind gerade nicht-handelbar und so wesentlich schwerer einer passiven Lohnveredelung zugänglich. Die ostdeutsche Produktpalette verhindert so, den natürlichen Standortvorteil „Nähe zum Osten“ effektiv zu nutzen.

Das größte Handicap der ostdeutschen Unternehmen liegt also darin, daß ihnen in vielen Bereichen die kritische Masse fehlt, um Agglomerationsvorteile im internationalen Handel zu nutzen. Dies ist ein Aspekt, der in der Wirtschaftsgeographie besonders von Krugman (1991) betont wird. Die gebliebenen industriellen Kerne sind zu schwach, um hier eine Initialzündung zu bewirken. Und je langsamer sich der Angleichungsprozeß zwischen den neuen und alten Bundesländern vollzieht, um so geringer wird die Wahrscheinlichkeit, den „first mover advantage“ der alten Bundesländer im Handel mit den MOE-Staaten wieder auszugleichen. Wie wichtig der wirtschaftliche Aufholprozeß Ostdeutschlands für die Intensivierung des Osthandels sein kann, zeigt Schumacher (1996: 563) anhand seiner modelltheoretischen Überlegungen auf. In seinem Simulationsansatz würde sich - wenn nicht mehr Frankfurt a. M. sondern Berlin das Zentrum der deutschen Wirtschaftsaktivitäten wäre - der deutsche Handel mit Polen um 30% bis 50% erhöhen.

Vergleicht man die Exportstruktur der Bundesrepublik insgesamt mit derjenigen der ostdeutschen Länder, z. B. Brandenburg, so stellt das DIW (1996b: 50) fest,

daß die Exportstärke der Bundesrepublik in der Lieferung von Investitionsgütern, insbesondere Erzeugnissen des Maschinenbaus, der Elektronik und des Fahrzeugbaus liegen, die von den MOE-Staaten besonders stark nachgefragt werden.⁸ Völlig anders stellt sich die Situation in Brandenburg dar. Nach Berechnungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (1996) belief sich der Export in den ersten beiden Quartalen 1996 auf 1,96 Mrd. DM. Dabei lag der Anteil des Maschinenbaus bei 98 Mio. DM, der der Elektrotechnik bei 90 Mio. DM und der des Fahrzeugbaus bei 241 Mio. DM, so daß sich für diese Zukunftsbranchen der deutschen Exportwirtschaft extrem ungünstige RCA-Werte für Brandenburg ergeben.

5. Output- und Beschäftigungseffekte der Osterweiterung

Das DIW (1996b) versucht die Beschäftigungswirkungen der wirtschaftlichen Beziehungen mit den MOE-Staaten zu quantifizieren. Ausgangspunkt der Analyse sind die Handelsströme zwischen den Ländern. Anhand sektoraler Produktionsfunktionen wird der jeweilige Arbeitskräfteinput pro Outputeinheit eines Landes bestimmt. Z.B. wird die Arbeitsnachfrage für den Export eines Landes wie folgt bestimmt:

$$A = \sum_{i=1}^n a_i X_i, \text{ wobei}$$

A den Arbeitsinput, a_i den durchschnittlichen Arbeitskräfteeinsatz in der Industrie i pro Outputeinheit, X_i den Export der Industrie i und n die Zahl der Industrien angeben. Entsprechend wird der Rückgang der Arbeitsnachfrage durch Importe bestimmt. Da die MOE-Staaten arbeitsintensiver produzieren, ist der Beschäftigungseffekt einer Importeinheit größer als der einer Exporteinheit. So ergibt sich für eine gleiche Ausweitung von Export und Import (ausgeglichene Handelsbilanz) nach Berechnungen des DIW (1996b: 194) für die Bundesrepublik „ein geringer negativer Effekt auf die Beschäftigung, der überproportional die gering qualifizierten Beschäftigten treffen würde, während die Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften bei vertiefter Arbeitsteilung mit Ostmitteleuropa steigen würde“.

Bei dieser Modellberechnung wird nun anhand der Höhe der Exporte und Importe der Beschäftigungseffekt bestimmt. In diesem Modell, bei dem neben den direkten auch die indirekten Beschäftigungseffekte berücksichtigt werden,⁹

⁸ „So entfielen mehr als die Hälfte der deutschen Lieferungen nach Mittel- und Osteuropa auf Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes (Deutsche Bundesbank (1996: 35).“

⁹ Mit Recht weist das DIW darauf hin, daß der negative Beschäftigungseffekt von Importen überzeichnet wird, da indirekte Effekte wie etwa die günstigere Kostensituation in Deutschland durch Importe vernachlässigt würden.

kommt das DIW zu dem Ergebnis, daß sich für Deutschland aus dem Handel mit den MOE-Staaten ein Beschäftigungsgewinn von etwa 60.000 Arbeitsplätzen ergeben hat. Dieser positive Beschäftigungseffekt ist im wesentlichen auf den Handelsbilanzüberschuß mit den MOE-Staaten zurückzuführen.

Wie ist dieser positive Beschäftigungseffekt aus der Sicht der ostdeutschen Länder zu beurteilen? Hier ist nicht mit einem positiven Beschäftigungseffekt zu rechnen, denn die Handelsbilanz der ostdeutschen Länder ist chronisch defizitär. So stellen sich z. B. die Export- und Importsituation Brandenburgs nach Berechnungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg (1996) wie folgt dar (Tabelle 7):

Tabelle 7: Exporte und Importe des Landes Brandenburg, in Mrd. DM

	1991	1992	1993	1994	1995
Exporte	2,3	2,6	2,5	2,8	3,5
Importe	5,3	4,8	4,5	5,2	5,3

Brandenburg exportierte im Handel mit seinem wichtigsten Außenhandelspartner Polen in den ersten zwei Quartalen des Jahres 1996 nur im Wert von 135 Mio. DM und importierte Güter für 296 Mio. DM.

Da der Anteil weniger qualifizierter Arbeitskräfte in den neuen Bundesländern höher ist, fällt der Beschäftigungsgewinn entsprechend höher aus. Daß der Anteil qualifizierter Arbeitskräfte relativ gering ist, ist darauf zurückzuführen, daß nach Berechnungen des DIW u. a. (1995: 87) mehr Kapital in die sachkapitalintensiven als in die humankapitalintensiven Wirtschaftszweige floß.

Im Modell des DIW werden nur die Beschäftigungseffekte der Handelsströme und nicht die der Direktinvestitionen berücksichtigt, da letztere oft als Komplementärmaßnahmen zur Exportförderung verwirklicht werden und so auch beschäftigungsfördernd sind. Auch sind sie vom Volumen her im bundesrepublikanischen Maßstab nicht sehr hoch. Für die neuen Bundesländer sind die Beschäftigungseffekte von Direktinvestitionen von zentraler Bedeutung; sie brauchen Kapital, um die Realkapitalausstattung ihrer Unternehmen zu verbessern. Des weiteren werden die Beschäftigungseffekte der Migration vernachlässigt, die gerade für die ostdeutschen Länder von großer Bedeutung sind, da sie direkte Nachbarn zu den MOE-Staaten sind und durch Migration ihre Wettbewerbsnische, die Produktion lokaler Güter, gefährdet sehen.

6. Ausblick: Wirtschaftspolitische Implikationen für die Regional- und Wirtschaftspolitik des Landes Brandenburg

Kennzeichnend für die Regional- und Wirtschaftspolitik des Landes Brandenburg ist das Konzept der dezentralen Konzentration. Nach diesem Konzept soll die Förderung gemäß konzentrischer Kreise um Berlin stufenweise erhöht werden.¹⁰ Im Speckgürtel ist keine Förderung vorgesehen, hingegen sollen die Oberzentren im äußersten Ring wie die Städte Brandenburg, Frankfurt (Oder) und Cottbus maximal gefördert werden. Dieses Konzept ist insbesondere aus zwei Gründen nicht mehr realisierbar. Durch die gescheiterte Fusion von Berlin und Brandenburg kommt es zu einem ruinösen Wettbewerb der beiden Länder bei der Anwerbung von Unternehmen. Jedes Unternehmen kann bei seiner Ansiedlung in Berlin oder in dem Speckgürtel die beiden Länder gegeneinander ausspielen und so eine maximale Förderung durchsetzen.

Darüber hinaus wird die ausgleichsorientierte Politik der dezentralen Konzentration nicht dem Globalisierungsprozeß gerecht. Dem Land fehlen im internationalen Wettbewerb die Mittel, mit finanziellen Anreizen Unternehmen für Brandenburg anzuwerben und darüber hinaus auch noch im Sinne einer Ausgleichspolitik dahingehend zu steuern, in welchen peripheren Regionen sich der potentielle Ansiedler niederläßt. Das Land muß glücklich sein, wenn es überhaupt Ansiedler findet. Und vor die Wahl gestellt, daß dieser im Speckgürtel oder außerhalb Brandenburgs, sei es in einem anderen ostdeutschen Land oder - was der häufigere Fall ist - sich in den MOE-Staaten niederläßt, wenn er keine maximale Förderung im Speckgürtel erhält, wird das Land zur Aufgabe der Grundsätze der dezentralen Konzentration veranlaßt werden.

Von daher ist es nur konsequent, wenn das DIW (1996a) in seinem von Brenke u.a. verfaßten Gutachten darauf hinweist, daß „in Brandenburg in ost-westlicher Richtung ein verkehrsmäßig relativ gut erschlossenes Band urbaner Zonen, das von der Stadt Brandenburg/Havel über Berlin bis nach Frankfurt (Oder) reicht (Brenke u. a. (1997: 106)“ existiert, das gezielt gefördert werden sollte. Es wäre natürlich naiv zu glauben, worauf Krätke (1995: 14) mit Recht hinweist, eine mehr oder weniger „mechanistisch“-geographische Achsenkonstruktion im Rahmen des Osthandels von Berlin über Frankfurt (Oder) und Poznan bis nach Warschau konstruieren und daraus den real vorhandenen Transportkorridor in einen Entwicklungs-Korridor aufwerten zu können. Dies ist auch nicht beabsichtigt. Vielmehr versteht sich der Vorschlag des DIW als der der Konzentration der Fördermittel, als ein „Plädoyer für eine regionale Schwerpunktsetzung in der verdichteten Mitte (DIW (1996a: 121)“ Brandenburgs.

¹⁰ Zur Regionalpolitik Brandenburgs siehe im einzelnen Dascher/Ribhegge (1996).

Dieser Vorschlag wird auch den in diesem Beitrag gemachten Überlegungen gerecht. Dennoch stößt er bei der Landesregierung nicht auf Akzeptanz. Dies ist auch nicht verwunderlich. Natürlich ist es für keine politische Instanz leicht, gravierende Kritik zum Anlaß für einen Politikwechsel zu nutzen. Kern der Ablehnung ist ein rational politisches Kalkül. Die Aufgabe des Konzepts der dezentralen Konzentration, die die Chancen Brandenburgs im internationalen Wettbewerb verbessern würde, hat, was vom DIW übersehen bzw. nicht angesprochen wird, immense verteilungspolitische Konsequenzen. Durch die Neustrukturierung der Kreise nach dem Tortenstückmodell - siehe dazu im einzelnen Ribhegge (1995: 27ff.) - wird garantiert, daß ein Großteil der Kreise - nämlich 8 von 14 - am Wachstum des Speckgürtels partizipiert und trotz gestaffelter Fördersätze gleich behandelt wird.

Wird aber schwerpunktmäßig die verdichtete Mitte gefördert, dann werden vier Kreise und drei kreisfreie Städte primär gefördert, denen es eigentlich relativ gut geht. Dies wird politisch nur schwer durchsetzbar sein.

Von daher ist eine gewisse Ausgleichspolitik notwendig. Aber nicht aus dieser Perspektive, sondern um die wirtschaftlichen Chancen der Grenzregionen Brandenburgs zu nutzen, schlägt das DIW (1996a: 160 ff.) einen gezielten Aufbau einer Grenzökonomie in dem Sinne vor, daß an der deutsch-polnischen Grenze Freihandelszonen geschaffen werden. Damit wird ein Konzept aufgenommen, das auf der polnischen Seite schon seit geraumer Zeit konsequent verfolgt wird und für das mit dem „Gesetz über besondere Wirtschaftszonen vom 20. Oktober 1994“ die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen wurden und für das die Planungen zu der Freihandelszone auf der Oderinsel Küstrin-Kietz vorangetrieben wurde, ohne daß die brandenburgische Seite darauf ausreichend reagierte. In Brandenburg und insbesondere in der Grenzstadt Frankfurt (Oder) dominiert immer noch die Vision „Wir sind das Tor zum Osten. Öffnet es, und der Wohlstand ist unser“.

Dabei darf nicht übersehen werden, daß es den Grenzregionen nicht leicht gemacht wird, grenzüberschreitende Kooperationen zu initiieren und so den Osthandel zu fördern, wie dies in den operationellen Programmen der deutsch-polnischen Euroregionen verankert ist. Diese Politik scheitert - siehe dazu im einzelnen Ribhegge (1996) - u. a. an der unzureichenden Unterstützung der EU.

So sind die für die Euroregionen vorgesehenen Interreg II-Mittel nicht nur sehr niedrig; sie belaufen sich auf 72 Mill. ECU für das Land Brandenburg für den Zeitraum 1994 - 1999. Ihre Verwendungsvorschriften sind für die Außengrenze der EU extrem diskriminierend.

Das Interreg II-Programm ist zugeschnitten auf grenzüberschreitende Kooperationen in der EU. Deshalb dürfen bei Interreg II nur Wirtschaftssubjekte der EU Endbegünstigte sein. Wie will man mit Interreg-Mitteln mit der polnischen Seite kooperieren, wenn man der anderen Seite deutlich machen muß, daß sie aber nicht der Begünstigte sein darf? Von daher verwundert es nicht, daß fast keine grenzüberschreitende Maßnahmen gemeinsam mit Interreg II- und Phare-CBC-Mitteln realisiert worden sind, obwohl dies angeblich von der EU-Administration gewünscht wird.

Unter dem Aspekt der intertemporalen Effizienz ist es sinnvoll, schon heute gezielte Anpassungsbeihilfen zu gewähren, insbesondere nicht die Transfers des Bundes abzubauen, sondern diese effizienter einzusetzen, um einen zweiten Transformationsschock der ostdeutschen Länder durch die Integration der MOE-Staaten zu verhindern. Dieser wird nicht so gravierend wie der erste sein, aber die Bereitschaft des Westens, ein zweites Mal zu helfen, wird entsprechend geringer sein.

Literaturverzeichnis

- Atkinson, A. B., 1995: Is the Welfare State necessarily an obstacle to economic growth? In: European Economic Review 39, 723-730.
- Bedau, K. D., 1997: Weitere Annäherung der Arbeitseinkommen in Ost- und Westdeutschland - ostdeutsche Lohnstückkosten nach wie vor über West-niveau. In: DIW-Wochenbericht 64, 119-125.
- Beyfuß, J., 1996: Erfahrungen deutscher Auslandsinvestoren in Reformländern Mittel- und Osteuropas, Köln.
- Boss, A./ Rosenschon, A., 1996: Öffentliche Transferleistungen zur Finanzierung der deutschen Einheit: Eine Bestandsaufnahme, Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 269.
- Brenke, K. u. a., 1997: Überlegungen zu den künftigen Leitlinien für die Wirtschaftspolitik Brandenburgs. In: DIW-Wochenbericht 64, 105-109.
- Dascher, K./ Ribhegge, H., 1996: Welche Regionalpolitik für Brandenburg? Arbeitsbericht der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Nr. 46.
- Deutsche Bundesbank, 1996: Neuere Tendenzen in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den mittel- und osteuropäischen Reformländern. In: Monatsbericht 48, 31-47.
- Dietrich, V., 1996: Investitionsstrukturen im ostdeutschen Unternehmenssektor. In: IWH-Wirtschaft im Wandel, Nr. 11, 11-15.
- DIW u. a., 1995: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland, 12 Bericht. In: DIW-Wochenbericht 62, 71-98.
- DIW, 1995b: Polens Weg in die Europäische Union. In: DIW-Wochenbericht 62.
- DIW, 1996 a: Brandenburg 2000: Entwicklungsstrategie für die Wirtschaftsregion Brandenburg (Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Brandenburg) Berlin.
- DIW, 1996 b: Die wirtschaftliche Integration der assoziierten Länder Mittel- und Osteuropas in die Europäische Union - Außen- und binnenwirtschaftliche Auswirkungen im Hinblick auf die künftige EU-Mitgliedschaft - (Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft), Berlin.
- Forschungsagentur Berlin GmbH, 1996: Beschäftigungsentwicklung in der wirtschaftsnahen Forschung der neuen Bundesländer 1995. Tagungsmaterial der 11. GEW-Konferenz: Hochschule und Forschung vom 29.11.96 - 1.12.96 in Halle.
- Glaum, M., 1996: Internationalisierung und Unternehmenserfolg, Wiesbaden.
- Hornschild, K./ Scherzinger, A., 1995: Forschung und Entwicklung in Ostdeutschland. In: DIW-Wochenbericht 62, 143-153.

- IWH (Hrsg.), 1996: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsschritte in Ostdeutschland, 14. Bericht, Forschungsreihe des IWH Nr. 7.
- Jacobsen, A./ Weisfeld, H., 1996: Monetary Policy and Trade Policy for Stabilisation and Economic Development. In: J. Hölscher u. a. (Hrsg.): Bedingungen ökonomischer Entwicklung in Zentralosteuropa, Marburg, 29-51.
- Kawecka-Wyrzykowska, E., 1996: Developments in Poland's Trade Relations with the European Union and CEFTA Countries between 1990 and 1994. In: F. Franzmeyer/ Ch. Weise (Hrsg.): Polen und die Osterweiterung der Europäischen Union, Berlin, 62-80.
- Klodt, H., 1996: Alternativen und Perspektiven der Wirtschaftsförderung in den neuen Ländern. In: List Forum 22, 267-286.
- Krätke, St., 1995: Probleme und Perspektiven der deutsch-polnischen Grenzregion, Analysen und Diskussionsbeiträge der Fakultät für Kulturwissenschaften der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).
- Krugman, P., 1991: Geography and Trade, Leuven.
- Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Brandenburg, 1996: Statistische Berichte - Aus- und Einfuhr des Landes Brandenburg, Juni.
- Layard, R. u. a., 1992: East-West Migration, Cambridge u. a.
- Lichtblau, K., 1995: Von der Transfer- in die Marktwirtschaft, Köln.
- Piotrowski, W., 1995: Arbeitspolitische Aspekte und arbeitsrechtliche Regelungen. In: R. Klein/ V. Sach/ H.-G. Sanftenberg (Hrsg.): Wirtschaftshandbuch Polen 3, 13-23.
- Ragnitz, J., 1996: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsdefizite in den neuen Bundesländern. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Nachlassende Wachstumsdynamik in Ostdeutschland, Bonn, 1-13.
- Ribhegge, H., 1995: Der Haushalt von Frankfurt (Oder) und Flensburg - Ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Chancen und Risiken in Ost- und Westdeutschland. Arbeitsbericht der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), Nr. 3.
- Ribhegge, H., 1996: Euroregion Pro Europa Viadrina - Chancen und Schwierigkeiten einer grenzüberschreitenden Kooperation. In: Welt Trends 13, 66-77.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1996: Jahresgutachten 1996/1997.
- Schmidt, K.-D., 1996: Was verschafft der ostdeutschen Wirtschaft eine breite Exportbasis? In: C. Köhler/ R. Pohl (Hrsg.): Aspekte der Transformation in Ostdeutschland, Berlin, 179-196.

- Schumacher, D., 1996: Mehr Beschäftigung in der EU durch Außenhandel mit Transformationsländern. In: DIW-Wochenbericht 63, 557-565.
- TWG, 1996: Deutsche Unternehmen intensivieren ihre wirtschaftliche Tätigkeit in Polen. In: TWG-Report, 2-5.
- Wagner, H., 1996: Rechtsunsicherheit und Wirtschaftswachstum, Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaft der Fernuniversität Hagen, Nr. 234.
- Wellisch, D./ Walz, U., 1996: Why do rich countries prefer free trade over free migration? The role of the modern welfare state. Diskussionspapier, TU-Dresden.
- Welfens, P.J.J., 1995: Die Europäische Union und die mittelosteuropäischen Länder, Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Nr. 7.
- Winiecki, J., 1996: The Superiority of Eliminating Barriers to Entrepreneurship over Privatization Activism of the State. In: Banca Nazionale del Lavoro Quarterly Review 198, 313-331.

F.I.T. PUBLIKATIONEN • F.I.T. PUBLICATIONS

F.I.T. Discussion Papers

Nr./Jahr	Autor	Titel
1/96	Szamuely, László	Establishment and Erosion of the Soviet Model of CPE as Reflected in Economic Science in Hungary 1945 - 1980, 61 S.
2/96	Krause, Günter	Die "Revisionismus-Debatte" in den Wirtschaftswissenschaften der DDR, 34 S.
3/96	Winiecki, Jan	Foreign Investment in Eastern Europe: Expectations, Trends, Policies, 14 S.
4/96	Dietzenbacher, Erik / Hans-Jürgen Wagener	Prices in Two Germanies, 23 S.
5/96	Pollack, Detlef	Sozialstruktureller Wandel, Institutionentransfer und die Langsamkeit der Individuen, 27 S.
6/96	Wagener, Hans-Jürgen	Second Thoughts? Economics and Economists under Socialism, 19 S.
7/96	Wagener, Hans-Jürgen	Transformation als historisches Phänomen, 19 S.
8/96	Joerden, Jan C.	Wird die politische Machtausübung durch das heutige Strafrecht strukturell bevorzugt?, 15 S.
9/96	Babinceva, Natal'ja	Die ökonomische Kultur des sowjetischen und post-sowjetischen Business, 20 S.
1/97	Wagener, Hans-Jürgen	Privateigentum und Unternehmenskontrolle in Transformationswirtschaften, 26 S.
2/97	Chojnicki, Zbyszko	Methodological Problems of Polish Economics in the Postwar Period, 19 S.
3/97	Buchowski, Michał	Facing Capitalism. An Example of a Rural Community in Poland, 29 S.
4/97	Eger, Thomas	Insolvenzrecht und Insolvenzrechtsreform aus ökonomischer Sicht, 24 S.
5/97	Ribhegge, Hermann	Die Osterweiterung der Europäischen Union als Herausforderung für die neuen Bundesländer im Transformationsprozeß, 27 S.